

Schweiz



Die Regierung hat den leibhaftigen Souverän vor sich und muss ihm zuhören: Die Landsgemeinde in Appenzell am 29. April 2012. Foto: Christian Hartmann (Reuters)

Die Landsgemeinden müssen sich reformieren

An Landsgemeinden ist die Stimmabgabe offen und die Stimmbeteiligung tief. Eine Studie legt Glarus und Appenzell Innerrhoden nahe, die Schwächen der Institution zu beheben - bevor sie abgeschafft wird.

Claudia Blumer

Der Einmarsch der Regierung, die leidschaftlichen Voten, die angespannte Stille, wenn bei knappem Wahlausgang mehrmals geschätzt werden muss - die Landsgemeinde ist vor allem Tradition, Identität, Emotion. Doch sind Landsgemeindekantone demokratisch ebenso so gut wie Kantone mit Urnsystem?

Weder die positiven noch die negativen Klischees über die Landsgemeinde stimmten, sagt Politologe Hans-Peter Schaub, der die Demokratiequalität in acht Kantonen untersucht hat, indem er die Kantone einerseits im Quervergleich miteinander mass, andererseits auf der Zeitachse früher-heute vor und nach Abschaffung der Landsgemeinde. Landsgemeindekantone seien nicht die häufig glorifizierten «Schulen der Demokratie» mit besonders lebendiger Debatte und aktiver Zivilgesellschaft. Doch seien die Bürgerversammlungen auch nicht so emotional, kollektivistisch und minderheitenfeindlich wie häufig angenommen.

Die Stärke der Landsgemeindekantone liegt darin, dass ihre Stimmberechtigten mehr zu sagen haben. Sie können einfacher Initiativen lancieren und Referenden ergreifen, sie entscheiden über mehr Sachvorlagen und wählen mehr Behörden direkt. So ist die Volkswahl von Richtern und Staatsanwälten in Landsgemeindekantonen stärker verbreitet als in Urnenkantonen. Dasselbe gilt für Volksabstimmungen, etwa über die Höhe des Steuerfusses oder die Nutzung des öffentlichen Bodens.

Eine weitere Eigenschaft der Landsgemeinde ist gemäss Schaub Dissertation mit dem Titel «Landsgemeinde oder Urne - was ist demokratischer?», dass sie klare Mehrheitsverhältnisse in Regierung und Parlament fördert, was demokratisch zweischneidig ist. Einerseits

schafft dies Klarheit darüber, wer für die Politik verantwortlich ist, wer im Falle eines Scheiterns geradestehen muss. Andererseits werden die politischen Kräfte damit weniger breit integriert.

Eine Schwäche der Landsgemeindekantone ist die weniger gut austarierte Machtbalance zwischen Regierung, Parlament und Justiz. Das Parlament ist gegenüber der Regierung schwächer, die Justiz weniger unabhängig. «In Landsgemeindekantonen glaubt man wohl, es brauche kein starkes Parlament und keine starke Justiz, weil das Volk viel zu sagen hat», meint Schaub. Das sei aber ein Trugschluss: «Das Volk kann während dreier Stunden im Jahr die Regierung unmöglich so kontrollieren, wie dies das Parlament tut.»

Rückzug könnte sich fortsetzen

Auch wenn die Landsgemeinde gemäss seiner Studie insgesamt ebenso demokratisch funktioniert wie die Urne, rät Schaub den Landsgemeindekantonen, ihre «Schwächen anzugehen und nicht mit Verweis auf angebliche Traditionen und Unvereinbarkeiten abzutun». Historisch gesehen befindet sich die Landsgemeinde trotz ihrer Stärken auf dem Rückzug, der sich zuletzt in den drei Abschaffungen während der Neunzigerjahre manifestiert habe (Nidwalden 1996, Appenzell Ausserrhoden 1997, Obwalden 1998). Dieser Trend werde sich wohl fortsetzen, wenn es Glarus und Appenzell Innerrhoden nicht gelinge, die Defizite zu überwinden, bevor eine Debatte über einen Systemwechsel auch in diesen Kantonen virulent werde.

Handlungsbedarf ortet Schaub, der selber in Glarus aufgewachsen und ein Verfechter der Landsgemeinde ist, bei der Stimmabgabe, die zur Wahrung des Stimmgeheimnisses idealerweise elektronisch erfasst werden soll. Ein elektronisches Stimmabgabesystem, wie es

auch an Aktionärsversammlungen angewendet werde, müsste mit vertretbarem Zeit- und Mittelaufwand möglich sein, sagt er. Positiver Nebeneffekt wäre, dass die Mehrheitsverhältnisse exakt eruiert würden und man nicht mehr auf die Schätzung des Landammann angewiesen wäre.

Verbesserungspotenzial gebe es auch bei der Stimmbeteiligung. In Urnenkantonen beteiligen sich im Schnitt 45 Prozent der Stimmberechtigten an Abstimmungen. In Appenzell Innerrhoden sind es zwischen 35 und 40 Prozent, in Glarus rund 25 Prozent. Animierte werden könnten die Stimmberechtigten durch materielle Anreize wie «Sitzungsgeld» oder Wurstgutscheine für die Teilnahme beziehungsweise Bussen bei Fernbleiben, schlägt Schaub vor, sowie durch besseren Komfort auf dem Landsgemeindeplatz mit bequemeren Sitzplätzen und Schutz vor Witterung.

In Innerrhoden steige die Stimmbeteiligung, sagt Carlo Schmid, früherer Regierungs- und Ständerat der CVP. Es gebe von Jahr zu Jahr mehr Teilnehmer, gerade Frauen und Junge kämen in Scharen. Beim Stimmabgabesystem gebe es aber tatsächlich Handlungsbedarf, das sehe die Regierung genauso. Pläne für ein neues System harrten allerdings der Umsetzung. Dasselbe ist in Glarus der Fall, wie Ratsschreiber Hansjörg Dürst sagt. Die Prüfung eines elektronischen Hilfsmittels für die Stimmenermittlung an der Landsgemeinde steht seit 2010 im Legislaturprogramm, doch das mit der Untersuchung betraute ETH-Institut habe bisher noch keine Zeit gehabt, sich der Sache anzunehmen.

Politiker sehen keine Gefahr

Ehrlicherweise müsse man sagen, so Dürst, dass das Thema in Regierungs- und Landrat nicht höchste Priorität habe. Zumal die Landsgemeinde bei der Bevölkerung besser akzeptiert sei denn je - gerade seit der 2006 beschlossenen und 2007 an einer ausserordentlichen Landsgemeinde mit noch grösserem Mehr bestätigten Gemeindefusion.

Auch Carlo Schmid sieht die Innerrhoder Landsgemeinde als keineswegs gefährdet. Vor allem bei Wahlen sei die Stimmbeteiligung besonders hoch, und die offene Stimmabgabe für Politiker sei unproblematisch. «Wir sind noch Manns genug und vertrauen uns, zu unserer Meinung zu stehen.»

Politologe Schaub warnt: Die Tatsache, dass die Landsgemeinde heute unumstritten ist, sei kein zwingendes Indiz für das längerfristige Fortbestehen. Mehrmals sei die Landsgemeinde auch

in wissenschaftlichen Abhandlungen als beständig und überlebensfähig beurteilt, aber wenig später abgeschafft worden. Das war in den Zwanzigerjahren im Kanton Uri so und später auch in Nidwalden, Ausserrhoden und Obwalden.

Der Fall Nidwalden

Ja, in Nidwalden sei es schnell gegangen, sagt der Nidwaldner SVP-Nationalrat Peter Keller. Die Landsgemeinde war relativ unumstritten - bis 1994 der populäre linksgrüne Regierungsratskandidat Leo Odermatt nicht gewählt wurde. Es habe Druckversuche gegeben seitens der etablierten bürgerlichen Mehrheit, hiess es. Nach der Abschaffung der Landsgemeinde wurde Odermatt bei der ersten Urnenwahl gewählt. Für Schaub illustriert der Fall Nidwalden ein auch aus anderen Kantonen bekanntes Muster: «In Urnenkantonen sind die Wähler eher bereit, parteipolitischen Veränderungen zuzustimmen.» Dieses Damoklesschwert über den Amtsinhabern sei aus Sicht der Demokratiequalität wichtig, damit diese ihre Politik nach dem Interesse der Bürger ausrichteten.

Peter Keller interpretiert den Fall seines Heimatkantons anders. Odermatt sei eine Ausnahmerscheinung gewesen, ein ausserordentlich beliebter Politiker der nach den Abstimmungen über das Atomendlager erstarkten Bewegung Demokratisches Nidwalden. In einem weiteren Anlauf wäre Odermatt auch an der Landsgemeinde gewählt worden, glaubt Keller.

Er bedauere die Abschaffung der Landsgemeinde sehr, sagt er. «Man stelle sich vor, die Regierung sitzt schön aufgereiht auf dem Bänkli, hat den leibhaftigen Souverän vor sich und muss ihm zuhören. Das gibt es sonst nirgendwo. Das erdet.» Für die noch bestehenden Landsgemeinden ist Keller optimistisch, denn identitätsstiftende Institutionen seien heute wichtiger als noch in den Neunzigerjahren. Die Glarner Landsgemeinde habe zudem gezeigt, dass sie für Überraschungen gut sei, und sie habe ihre Beständigkeit bewiesen.

Auch Schaub hofft, dass die Landsgemeinde weiterbesteht. Er zitiert die Eröffnungsrede des damaligen Glarner Landammanns Joachim Heer von 1866. Dieser sprach vom «Geist der Zeit, dem Geist wahren Fortschritts», welcher der Landsgemeinde innewohnen könne. Das müsse man der Welt nur beweisen.

«Landsgemeinde oder Urne - was ist demokratischer?» Die Dissertation von Hans-Peter Schaub erscheint demnächst im Nomos-Verlag.

Pestizid-Cocktail in Schweizer Flüssen

Die Flüsse in der Schweiz enthalten sehr viele Pestizide. Forscher fanden über 100 verschiedene Wirkstoffe, darunter vor allem Pflanzenschutzmittel. Eine Beeinträchtigung der Organismen in den Gewässern könne nicht ausgeschlossen werden, heisst es in der Studie. Alle fünf untersuchten Flüsse - Salsacher Aach TG, Furtbach ZH, Surb AG, Limpach SO und Mentue VD - seien erheblich belastet, teilte das Wasserforschungsinstitut Eawag mit. Im Schnitt enthielten die Wasserproben 40 unterschiedliche Stoffe. Ein Grossteil der Belastung sei Pflanzenschutzmitteln aus der Landwirtschaft zuzuschreiben. Problematisch ist der Cocktail an Pestiziden sowie die teilweise hohe Konzentration einzelner Pestizide. Für 31 Substanzen wurde der Grenzwert verletzt. Die Konzentrationen lagen mehrfach über 0,1 Mikrogramm pro Liter; vereinzelt sogar über 1 Mikrogramm. Der Bauernverband will nun geklärt haben, woher die Rückstände kommen. (SDA)

Nachrichten

Atomkraft

Verteilung von Jodtabletten an Institutionen verzögert sich

300 000 Firmen, Schulen und öffentliche Einrichtungen hätten bis Ende März Jodtabletten für AKW-Unfälle erhalten sollen. Doch die Verteilung verzögert sich. Sie soll spätestens Ende Juni abgeschlossen sein. Für die Verzögerung gebe es mehrere Gründe, sagte Mandatsleiter Max Zulliger von der Geschäftsstelle Kaliumiodid-Versorgung am Freitag. Hauptgrund seien Verzögerungen bei der Adresserfassung: Die Angaben zu den Beschäftigten in den Firmen stützten sich auf Statistiken 2012. Man habe bei der Erfassung der heutigen Personalzahlen in den Betrieben Korrekturen machen müssen. (SDA)

Jungtiere

Kantone dürfen Bestand von Schwänen dezimieren

In Ob- und Nidwalden soll die Zahl der Schwäne in Landwirtschaftsgebieten halbiert werden. Der Bund hat der Regulierung der Populationen zugestimmt. Dabei dürfen auch Eier angestochen werden, um die Zahl der Jungtiere zu reduzieren. Das Bundesamt für Umwelt genehmigte gestern zwei entsprechende Gesuche aus den beiden Halbkantonen unter Auflagen, wie Reinhard Schnidrig, Chef der Sektion Wildtiere und Waldbiodiversität des Bundesamts für Umwelt (Bafu), sagt. Die Massnahmen seien zunächst für fünf Jahre bewilligt worden, sagte Schnidrig. (SDA)

Schwyz

Volksinitiative gegen Neubau der Axenstrasse eingereicht

Schwyz soll sich beim Bund für eine Sanierung der Axenstrasse starkmachen und auf den Abbruch des geplanten Neubauprojekts hinwirken. Ein überparteiliches Komitee hat gestern eine entsprechende kantonale Initiative mit rund 2060 Unterschriften eingereicht. Das Anliegen «Axen vors Volk - Für Sicherheit ohne Luxustunnel» will in der Kantonsverfassung festschreiben, dass sich die Behörden beim Bund für eine günstigere Sanierung der alten Axenstrasse und gegen ein neues Tunnelprojekt starkmachen müssen. Der vom Bund geplante Neubau kostet 980 Millionen Franken, zusätzliche 240 Millionen Franken sind für den Umbau der alten Strasse vorgesehen. (SDA)

Basel

Rückbau des Atomreaktors kostet mehrere Millionen

Der älteste Atomreaktor der Schweiz, der in der Stadt Basel steht, muss zurückgebaut werden. Das ist aufwendig und dürfte mehrere Jahre dauern. Für den Rückbau hat die Basler Regierung nun Rückstellungen von zehn Millionen Franken gebildet. Der Reaktor befindet sich seit 1959 im Keller des Departements für Physik der Universität Basel und steht seit Ende 2013 still. Er hat bloss die Leistung eines Tauchsieders, wurde aber mit hoch angereichertem Uran betrieben. Rund zwei Kilogramm davon sollen in Basel liegen. (SDA)

Anzeige

Ausländische Richter dürfen nicht über Schweizer Recht entscheiden.

SVP Liste 1 wählen

SVP Kt. Zürich, 8600 Dübendorf, PC 80-35741-3, www.svp-zuerich.ch

